

*Herrn Oberbürgermeister
Uwe Schneidewind*

Große Anfrage

Es informiert Sie Henrik Dahlmann
Anschrift Rathaus Barmen
 42275 Wuppertal
Telefon (0202) 0202 563 4192
Fax (0202)
E-Mail henrik.dahlmann@fw-fraktion.de
Datum 27.04.2023

Drucks. Nr. **VO/0334/23**
 öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
04.05.2023	Hauptausschuss
08.05.2023	Rat der Stadt Wuppertal

Auswirkungen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf den Haushalt der Stadt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst haben ihren Abschluss gefunden. Die Freien Wähler begrüßen, dass die monatelange Hängepartie nun vorbei ist und sowohl die Beschäftigten als auch die Bürgerinnen und Bürger nun Planungssicherheit haben.

Selbstverständlich ist es ebenfalls zu begrüßen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzt werden, die inflationsbedingten Preissteigerungen für sich zu kompensieren.

Doch gibt es wie so oft auch hier zwei Seiten der Medaille, denn die Folgekosten des Tarifabschlusses belasten nicht unwesentlich den städtischen Haushalt. Nur die Kenntnis der genauen Zahlen ermöglicht es, auch für die kommenden Haushaltsjahre schon jetzt Handlungsbedarfe zu identifizieren.

Aus diesem Grund erbitten die Freien Wähler im Rat der Stadt Wuppertal die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Kosten entstehen der Stadt Wuppertal unmittelbar durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst? Bitte geben Sie die haushaltswirksamen Kennzahlen der Lohnkostensteigerung für 2023 und 2024 summarisch und in Prozent an. Bitte geben Sie ebenfalls an, in welcher Höhe nun zusätzliche haushaltswirksame Sozialabgaben anfallen.
2. Welche Auswirkungen hat der Tarifabschluss für den aktuellen Haushalt? Zwar wurde der Haushalt im Vorfeld mit einer 5-prozentigen Steigerung geplant, jedoch übersteigt der Tarifabschluss diesen Wert. Bitte geben Sie an, wie die zusätzlichen Kosten im

Haushalt finanziert werden sollen.

3. Gerade für finanzschwache Kommunen ist der Tarifabschluss schwer zu finanzieren. Gibt es bereits Signale aus Bund und Land, den Kommunen dabei zu helfen, diese Belastung ohne Verzicht auf eigene geplante Maßnahmen zu tragen?

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Wegener
Vorsitzender